

Woll, Artur

Article — Digitized Version

Zum 100. Geburtstag von Walter Eucken

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Woll, Artur (1991) : Zum 100. Geburtstag von Walter Eucken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 1, pp. 44-46

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136718>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Artur Woll

Zum 100. Geburtstag von Walter Eucken

Am 17. Januar wäre Walter Eucken 100 Jahre alt geworden. Eucken, der 1950 verstarb, war der wichtigste Architekt der Sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard in die Tat umsetzte. Der Siegener Nationalökonom Professor Artur Woll würdigt Person und Werk Walter Euckens vor dem Hintergrund der Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern.

Die Aula der Universität Jena wird von einem Wandgemälde Ferdinand Hodlers beherrscht, das den Auszug der Jenenser Studenten im Krieg gegen Napoleon zeigt. Während die Infanterie – dargestellt im oberen Teil des Gemäldes – in den Kampf rückt, bereitet sich in der unteren Bildhälfte die Kavallerie für den Ausritt vor. Im Mittelpunkt der Reiter steht ein junger Mann, der den Waffenrock anzieht. Ein Jenaer Kollege, mit dem ich kürzlich das Bild betrachtete, sagte mir: „Für den jungen Mann stand Walter Eucken Modell. Wir haben angefangen, seine Bücher zu lesen.“ Wer war dieser Mann und worin liegt seine wirtschaftspolitische Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern?

Walter Eucken wurde am 17. Januar 1891 in Jena geboren. Sein Vater war der aus Ostfriesland stammende Philosoph Rudolf Eucken, der 1908 den Nobelpreis für Literatur erhielt; in jenem Jahr entstand auch Hodlers Gemälde. Nach dem Studium der Nationalökonomie in Kiel, Jena und Bonn wurde Walter Eucken 1913 mit einer Dissertation über „Die Verbandsbildung in der Seeschiffahrt“ in Bonn promoviert. Er habilitierte sich – verzögert durch Kriegsdienst von 1914-1918 – im Jahr 1921 in Berlin mit der Untersuchung „Die Stickstoffversorgung der Welt“. 1925 wurde er auf einen Lehrstuhl in Tübingen berufen. Von seinen wenigen Tübinger Doktoranden seien Friedrich August Lutz und Leonhard Miksch – später selbst bekannte Professoren – besonders erwähnt. Schon 1927 folgte Eucken einem Ruf nach Freiburg, wo er bis zu seinem Lebensende wirkte. Er starb am 20. März 1950, nur 59 Jahre alt, in einem Hotel in London, wohin er

zu Gastvorlesungen – zum Generalthema „Unser Zeitalter der Mißerfolge“ – an der London School of Economics and Social Sciences eingeladen war.

Bedeutung für Wissenschaft und Politik

Walter Eucken ist der bedeutendste, in Wissenschaft und Politik einflußreichste Nationalökonom, den Deutschland in diesem Jahrhundert hervorgebracht hat. Für seine überragende Bedeutung gibt es mehrere Gründe. Sein erstes Hauptwerk „Die Grundlagen der Nationalökonomie“ (1940) markiert die Wende der deutschen Wirtschaftswissenschaft von der historischen Schule, der seine Dissertation und Habilitationsschrift noch verhaftet waren, zur klassischen Theorie. Von anderen klassischen Nationalökonomien, die sich – wie sein Bonner Lehrer Heinrich Dietzel – gegen die Vorherrschaft der historischen Schule stemmten, hebt er sich deutlich ab, weil er nicht bloß eine Renaissance der Lehren von Adam Smith anstrebte, sondern als weiterführendes Konzept die Theorie der Wirtschaftsordnung entwickelte: Alles wirtschaftliche Geschehen vollziehe sich im Rahmen einer Wirtschaftsordnung, die teils historisch gewachsen, teils bewußt gesetzt worden sei. Die Analyse der Wirtschaftsordnung zeige, daß es nur zwei idealtypische Wirtschaftssysteme gebe, die sich nach dem Träger der Planung unterschieden. Träger der Planung seien in einer zentral gelenkten Wirtschaft der Staat (Zentralverwaltungswirtschaft), in einer dezentral gelenkten Wirtschaft die Marktteilnehmer Haushalte und Unternehmen (Marktwirtschaft).

Die Neoklassik Euckenscher Prägung zeichnet sich neben dem Ordo-Konzept durch folgende Merkmale aus:

□ Die Theorie solle die Wirklichkeit erklären. Modellkonstruktionen als intellektuelle Spiele lehnte Eucken scharf ab. Seine Analyse ist im Kern stets anwendungs-

Prof. Dr. Artur Woll, 67, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Gesamthochschule Siegen.

bezogen, in diesem Sinne eine Theorie der Wirtschaftspolitik.

- Die Wirtschaft lasse sich nur als Ganzes wirklich verstehen, weil durch die Arbeitsteilung eine gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaftenden existiere (Interdependenz). Sie stehe selbst in Wechselbeziehungen mit anderen Lebensbereichen, wie der Gesellschaft und dem Staat, so daß eine stabile Ordnung aller Bereiche eine Gestaltung nach gleichen Grundsätzen erfordere.
- Die Erkenntnis, daß die Entwicklung einer Wirtschaftsordnung durch Menschen bestimmt werden könne – und nach Eucken bestimmt werden soll –, steht in scharfem Gegensatz zum Geschichts determinismus von Karl Marx. Aus dem gleichen Grunde wendet sich Eucken gegen Konjunkturmodelle, die Zyklen wie ein Uhrwerk generierten und wechselnde menschliche Entscheidungen ausschlossen.

Betonung der Wettbewerbsordnung

Das zweite Hauptwerk Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (posthum 1952) zeigt, worauf systemtypische Unterschiede der Wirtschaftspolitik zurückgehen und wie eine marktwirtschaftliche Ordnung „aus einem Guß“ aussieht. Eucken unterscheidet zwischen dem wirtschaftlichen Rahmenwerk, das durch Gesetze und Institutionen geschaffen werde, und den wirtschaftlichen Prozessen, den täglichen Aktivitäten der wirtschaftlichen Agenten. In einer Zentralverwaltungswirtschaft bestimme der Staat beides, Rahmen und Prozeß. Dagegen habe im Zeitalter des „Laissez-faire“ die Wirtschaft sich die Rahmenbedingungen weitgehend selbst gegeben, wie etwa die Organisation der Arbeitsmärkte und die Wahl der Marktformen. Eine kritische Betrachtung des „Laissez-faire“ führe zu der Schlußfolgerung, daß der Staat die Spielregeln als Rahmen wirtschaftlichen Handelns bestimmen müsse. Eucken betont deshalb, daß die Marktwirtschaft einen starken Staat brauche, der mit seiner Ordnungspolitik Wettbewerb auf Dauer ermögliche. Politisch trat Eucken für die Wettbewerbsordnung ein, die er für effizienter hielt als andere Wirtschaftsordnungen und die er am ehesten in Einklang mit einem freiheitlichen Gemeinwesen sah.

Der nachhaltige Einfluß Walter Euckens ist nicht nur seinen Schriften, sondern auch – und nicht zuletzt – seiner Person zuzuschreiben. Seine eben skizzierten Hauptwerke sind während des nationalsozialistischen Regimes 1933 bis 1945 entstanden, seine „Grundlagen“ während des Zweiten Weltkrieges erstmals publiziert worden. Mutig und kompromißlos hat er an seinen Ideen festgehalten, sich für ihre Verwirklichung – auch unter Lebensgefahr – eingesetzt. So konnte er in einer Neuauf-

lage seiner „Grundlagen“ nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes schreiben: „Die umwälzenden Ereignisse, die wir in jüngster Zeit erlebt haben, bewirkten keine Veränderung dieses Buches.“

Eucken hat – nach Einschätzung seines Nachfolgers in Freiburg, Friedrich August von Hayek – im Ausland viel dazu beigetragen, den Glauben an das Bestehen freiheitlicher Denker in Deutschland wiederherzustellen. Ludwig Erhard war von der Person und dem Werk dieses Mannes tief beeindruckt und ließ sich von ihm beraten. Eucken, der über das Tempo des Einflusses der Wissenschaft auf die Politik eher skeptisch dachte, konnte noch erleben, wie seine Ideen in Deutschland verwirklicht wurden. Er war eine menschenformende Persönlichkeit, der Kollegen – wie Franz Böhm – anzog und zahlreiche Schüler um sich scharte (Freiburger Schule), die sein Werk fortführen, so im Walter-Eucken-Institut Freiburg und im Ordo-Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaft (seit 1948).

Lehren für die neuen Bundesländer

Fragt man, wie die Probleme in den fünf neuen Bundesländern mit der Ordnungspolitik anzugehen seien, sei zunächst angemerkt, daß Eucken keine Tagesprobleme lösen wollte. Bei allem Realitätsbezug seiner Analyse möchte er auf das Denken und Handeln in langer Sicht Einfluß nehmen. Ihm kommt es auf Entscheidungen nach bestimmten Grundsätzen an, nicht auf Regelungen für dieses oder jenes Detail, über das man oft wenig weiß. Erinnert sei auch daran, daß Eucken dem Staat in einer marktwirtschaftlichen Ordnung die Aufgabe zuweist, die Rahmenbedingungen für die Entscheidungen festzulegen, nicht jedoch in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Eine staatliche Steuerung mikro- oder makroökonomischer Prozesse – wie die Festsetzung von Höchst- bzw. Mindestpreisen oder eine Keynesische Beschäftigungspolitik – ist mit der Ordnungspolitik deshalb unvereinbar.

Bei der Verwirklichung des marktwirtschaftlichen Rahmenwerks durch staatliche Entscheidungen unterscheidet Eucken zwischen konstituierenden und regulierenden Prinzipien. Die konstituierenden Prinzipien sind wesentliche Elemente der Wettbewerbsordnung (wie stabiles Geld, Vertragsfreiheit und Privateigentum), die regulierenden Korrekturfaktoren für deren Schwächen (z. B. Monopolkontrolle und Steuerpolitik). Mit dem Beitritt der fünf neuen Länder zur bisherigen Bundesrepublik Deutschland haben diese die Wettbewerbsordnung mit ihren wesentlichen Elementen gleichsam in einem Akt übernommen. Indessen sind im Einigungsvertrag Ausnahmeregelungen getroffen worden, die zu temporären, gelegentlich auch zu dauerhaften Beschränkungen der Wettbewerbsordnung führen können. Hingewiesen sei

z. B. auf die umstrittenen Vorschriften über das vor dem Jahr 1949 enteignete Privateigentum.

Drei aktuelle Problemkomplexe

Mehr Hinweise zur Entwicklung in den neuen Bundesländern lassen sich insbesondere dem Katalog der regulierenden Prinzipien entnehmen, auf die es in der wirtschaftspolitischen Praxis nach Einführung der Marktwirtschaft wesentlich ankommt. Die Denk- und Vorgehensweise Euckens sei an drei aktuellen Problemkomplexen illustriert: der Privatisierung staatlicher Industrien, dem Anreiz zu Investitionen und der Anpassung der Löhne.

Eucken hält den Vorschlag einiger Sozialisten, in einem Staat mit Kollektiveigentum an Produktionsmitteln ließe sich eine Wettbewerbsordnung verwirklichen, für undurchführbar. In einer Wettbewerbsordnung müsse es deshalb Privateigentum auch an Produktionsmitteln geben. Das Prinzip schließe nicht aus, daß sich einzelne Betriebe in der Hand des Staates befänden, so z. B. staatliche Forstbetriebe neben privaten oder staatliche Banken neben privaten. Erträglich seien jedoch Staatsbetriebe nur solange, als sie sich in den Wettbewerb einfügten und die Preisbildung nicht durch staatliche Subventionen gestört werde.

Umgekehrt garantiere Privateigentum nicht schon Wettbewerb, so daß – wie zu folgern ist – die Privatisierung staatlicher Industrien an sich nicht ausreiche, was ohne weiteres bei der Ersetzung eines staatlichen Monopols durch ein privates einleuchtet. Entscheidend sei, ob die Eigentumsrechte der Konkurrenz ausgesetzt werden. Der vielgenannte Satz, daß Privateigentum nicht nur dem Eigentümer, sondern auch dem Nichteigentümer Nutzen bringe, gelte nur für die Wettbewerbsordnung. Bei dieser Argumentationsweise wird im übrigen deutlich, daß Euckens Analyse nichts für Tagesprobleme – etwa zur viel diskutierten Organisation der Privatisierung – hergibt, wohl aber zur Frage, welche Grundsätze bei einem Verkauf öffentlichen Eigentums gelten sollen.

Eucken wendet sich gegen den – früher wohl stärker als heute verbreiteten – Investitionspessimismus, demzufolge die Investitionsgelegenheiten im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr abnehmen, so daß langdauernde Depressionen unvermeidlich seien. Investitionspessimisten glaubten entweder – wie Karl Marx – an die Selbstzerstörung des „Kapitalismus“ oder – wie John Maynard Keynes – an die Notwendigkeit staatlicher Investitionen, wenn die Marktwirtschaft gerettet werden soll. Solange wir nicht in einer wirtschaftlich gesättigten Welt, im Schlaraffenland, lebten, gebe es, wie Eucken überzeugend begründet, genügend rentable Investitionsmöglichkeiten.

Die Frage stelle sich anders: Warum werde oft wenig investiert, obwohl große Investitionschancen bestünden? Dafür gebe es in der Regel zwei Gründe: Entweder sei durch Wettbewerbsbeschränkungen die Preisrelation von Investitionsgütern und ihren Produkten gestört oder es fehle an einer Konstanz der Daten, die einer langfristigen Entscheidung zugrunde liegen. Für den ersten Grund lassen sich leicht auf dem Wohnungsmarkt Beispiele finden, den Eucken auch erwähnt. Wenn die Mieten durch staatliche Eingriffe unter dem Marktpreis gehalten werden, gehen die Wohnungsbauten – zumindest relativ – zurück und es entsteht Wohnungsmangel. Zum zweiten Grund bietet eine instabile Wirtschaftspolitik Anlaß für reichliche Beobachtungen. Für die Bewältigung beider Ursachen obliegt nach Eucken dem Staat die Verantwortung, der durch seine Wettbewerbspolitik und durch eine konstante Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen für Investitionen zu schaffen habe.

Im Hinblick auf die steuerpolitische Diskussion der letzten Monate sei angeführt, daß Eucken der progressiven Einkommensteuer die Aufgabe zuweist, die Einkommensverteilung des Marktes teilweise zu korrigieren. Damit seien auch die Grenzen der Besteuerung bezeichnet. Diese dürfe nicht so weit gehen, daß die Neigung zu investieren nachlasse.

Bei der Anpassung der Löhne an die wirtschaftliche Entwicklung – dem dritten Problem – vertritt Eucken den Standpunkt, daß die Vermeidung der Arbeitslosigkeit ein zentrales Problem der Wirtschaftspolitik sei – auch im Hinblick auf die Erhaltung der Freiheit. Unternehmer und Arbeitnehmer müßten sich auf dem Arbeitsmarkt dem Wettbewerb stellen. Das gelte auch für ihre Verbände. Wenn Gewerkschaften, deren Entwicklung Eucken mit Wohlwollen betrachtet, mit ihrer Macht durchsetzten, daß die Löhne höher seien als bei Wettbewerb oder daß die Beweglichkeit der Arbeiter beeinträchtigt werde, gefährdeten sie den Aufbau einer freien Ordnung. Mit dieser Ordnung sei Marktmacht, von welcher Seite sie auch ausgehe, unvereinbar.

Euckens Credo

An dieser Stelle in seinen „Grundsätzen“ fügt Eucken an, was als Kurzformel seiner Überzeugung gelten kann: Es komme alles darauf an, daß der Ordnungsgedanke in die soziale Gesinnung aufgenommen werde und das Handeln bestimme. Der Aufbau einer Gesellschaft, die der großen deutschen und europäischen humanistischen Tradition entspreche, lasse sich nur verwirklichen, wenn unser alltägliches Handeln und das der maßgebenden Persönlichkeiten der Ordnung und der Freiheit zugleich diene.